

Gewerkschaften brachten KV zum Scheitern

Alle Beschäftigten erhalten jedenfalls mindestens 2,7 % mehr Lohn und Gehalt!!

**Sehr geehrte Mitarbeiterinnen
und Mitarbeiter,**

die Gewerkschaften haben in der 5. Runde für die KV-Verhandlungen der Metalltechnischen Industrie einseitig abgebrochen. Wir haben in dieser Runde einen wirklich fairen Vorschlag vorgelegt und waren bereit, die Löhne und Gehälter in unserer Branche deutlich zu erhöhen. Ebenso gab es Zugeständnisse beim Thema Arbeitszeiten. Die Gewerkschaften haben unsere Angebote zur Gänze abgelehnt. Sie legen es offenbar ausschließlich darauf an, eine politische Kampagne öffentlichkeitswirksam umzusetzen. Dafür sind wir aber nicht zu haben.

Neben den Verbesserungen im Rahmenrecht sah unser Angebot Lohn- und Gehaltserhöhungen rückwirkend ab 1.11. in der Höhe von mindestens 2,7 % vor. Wir werden sicherstellen, dass Sie diese Erhöhungen unabhängig vom Agieren der Gewerkschaften heuer auch erhalten werden. Damit ist Ihnen allen ein deutlicher Reallohnzuwachs garantiert!

Wir können nicht nachvollziehen, warum die Gewerkschaften alle Vorschläge abgelehnt haben und sich damit ihrer gesamtwirtschaftlichen Verantwortung verweigern.

Sie alle haben sich eine ordentliche Erhöhung verdient, sie muss aber auch für die Betriebe leistbar sein. Wir verdienen den Großteil unseres Geldes im Export und müssen wettbewerbsfähig bleiben.

Die Teilnahme an Streiks oder sonstigen gewerkschaftlichen Maßnahmen gilt nicht als Arbeitszeit. Die Kosten dafür sind von den Gewerkschaften zu tragen, teilnehmende Beschäftigte müssen sich für dadurch entgangene Löhne und Gehälter an ihre zuständige Gewerkschaft wenden.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Knill
Obmann des Fachverbands Metalltechnische Industrie (9.11.2018)

- **Unser Angebot war: Plus 2,7 % mehr ab 1.11.**
- **Sämtliche Regelungen des Kollektivvertrags gelten vollinhaltlich weiter**
- **Gewerkschaften agieren verantwortungslos**
- **Streiks schaden allen und bringen keine Verbesserungen**
- **Streikzeiten werden nicht bezahlt, Kosten sind von den Gewerkschaften zu tragen**